

Streit um unabhängige Patientenberatung

Medizin: Durch eine Veränderung in der Gesellschafterstruktur fürchten Beobachter, dass die gemeinnützige Organisation in zu große Nähe zur Pharmaindustrie gerät

Von Peter Stuckhard

■ **Duisburg.** Ist die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wirklich unabhängig? Eine Änderung der Gesellschafterstruktur der Sanvartis GmbH, in deren Besitz sich die gemeinnützige UPD befindet, hat die Diskussion darüber erneut befeuert. So fragt der SPD-Politiker Günter Garbrecht „wie weit die Unabhängigkeit dehnbar“ sei.

Muttergesellschaft der Sanvartis GmbH war bisher die Sanvartis Group mit Sitz in der Schweiz. Die ist nach dem altersbedingten Ausscheiden eines Gesellschafters verkauft worden. Stattdessen ist eine neue Careforce-Sanvartis Holding gegründet worden. Eigentümer dieser neuen Holding sind nun die Geschäftsführung der Sanvartis GmbH und die Unternehmer Marko René

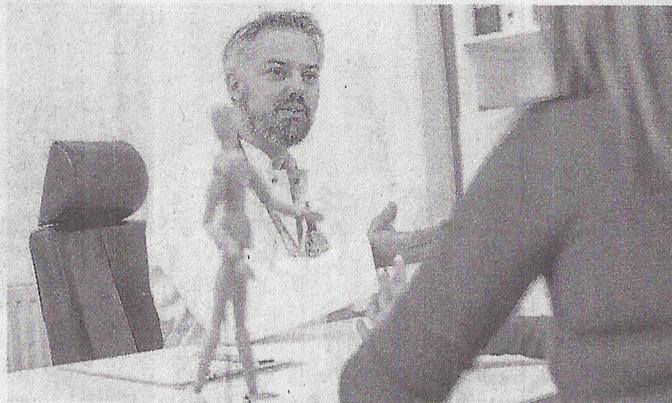
und André Scholl aus Köln, die, so Sanvartis, „im Bereich Personalberatung, Marketing und Sales tätig sind“. „Unterstützend“ sei auch ein Mittelfonds beteiligt.

Die Careforce Gruppe selbst umschreibt ihre Tätigkeit präzisier: Sie sei „seit dem Jahr 2000 als Spezialist für Vertriebsdienstleistungen für die phar-

mazeutische Industrie und Unternehmen aus angrenzenden Gesundheitssektoren tätig“. Das spreche nicht gegen die Unabhängigkeit der UPD, beteuert Sanvartis-Geschäftsführer Manuel Ebner. Die Firmen seien „lediglich Schwesterfirmen“. Die neue Struktur bedeute „für die UPD keine Veränderung“.

Der Spitzenverband der Krankenkassen, der die Kosten für die UPD trägt, sei informiert worden, will aber, so Verbandssprecherin Ann Marini, „die rein unternehmerischen Entscheidungen“ nicht kommentieren. Die Veränderungen in der Gesellschafterstruktur habe jedenfalls „keine rechtlichen Auswirkungen auf die vertraglichen Beziehungen des GKV-Spitzenverbandes mit der Sanvartis GmbH und der eigenständigen, gemeinnützigen UPD gGmbH“.

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Ralf Brauksiepe (CDU) sagt, dass „alle vereinbarten Regelungen auch zukünftig weiter gelten“. Er acht darauf, dass „keine Einflussnahme durch Dritte erfolgt“. Er werde das Thema „gleichwohl auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des UPD-Beirates setzen“.



Vertrauenssache: Das Gespräch zwischen Arzt und Patient. FOTO: DPA